

Kinderrechte im Parlament – Rückschau auf die Herbstsession 2015

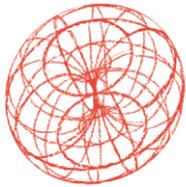
Im **Nationalrat** sind aus kinderrechtlicher Sicht die Vorstösse rund um den Asylbereich zu erwähnen. Er folgt den vom Bundesrat vorgeschlagenen [Gesetzesänderungen im Asylbereich](#). Das Parlament überweist die Reform des Asylgesetzes in der Schlussabstimmung und ermöglicht so schnellere Asylverfahren in der Schweiz. Einzig die SVP stimmte dagegen und wird das Referendum ergreifen. Während einer ausserordentlichen Session beschäftigte sich der Nationalrat (wie auch der Ständerat) mit der Motion der Fraktion SVP „[Für ein sofortiges Asylmoratorium](#)“, die den Bundesrat beauftragt, mittels Notrecht die Anwendung des Asylgesetzes für ein Jahr ausser Kraft zu setzen. Der Nationalrat hält jedoch nichts von einem Asylmoratorium, die SVP wurde für den Vorstoss heftig kritisiert. Im Nationalrat wurde die Forderung als "menschenverachtend" und "schamlos" bezeichnet und deutlich abgelehnt.

Weiter von Interesse ist das Postulat „[Bericht des Bundesrats über das Engagement des Bundes gegen Kinderarbeit](#)“ der nationalrätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N), das vom Nationalrat angenommen wurde. Der Bundesrat muss somit dem Parlament einen Bericht über alle Massnahmen und Aktionen unterbreiten, die der Bund zur Bekämpfung der Kinderarbeit auf internationaler Ebene ergriffen hat und er muss weiter auch aufzeigen, welche Rolle dabei Schweizer Unternehmen haben. Drei weitere Vorstösse befassten sich mit der Armutsbekämpfung. Der Nationalrat will auch weiterhin keine Besteuerung von Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen und anderen privaten oder öffentlichen Unterstützungsleistungen. Er lehnt sowohl eine Motion aus dem Ständerat (Motion WAK-S: „[Steuerbarkeit von Unterstützungsleistungen und steuerliche Entlastung des Existenzminimums](#)“) als auch die Standesinitiative des Kantons Bern („[Besteuerung von Sozialhilfeleistungen](#)“) ab. Bei der Volksinitiative „[Für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle](#)“ folgt der Nationalrat dem Bundesrat lehnt diese ab.

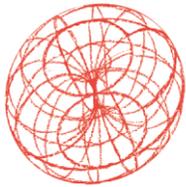
Der **Ständerat** befasste sich mit der Motion Schmid-Federer „[Nationale Strategie gegen Cyberbullying und Cybermobbing](#)“. Der Vorstoss fordert eine national koordinierte Bekämpfung von Cyberbullying und Cybermobbing, eine zentrale Anlaufstelle für Opfer und Eltern sowie eine breit angelegte nationale Aufklärungskampagne über die Thematik. Nach Ansicht des Ständerats brauche es jedoch konkrete Massnahmen, eine nationale Strategie hält er für das falsche Vorgehen und lehnt deshalb die Motion ab. Weiter befasst er sich mit dem Entwurf der Staatspolitischen Kommission zur parlamentarischen Initiative Marra „[Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen](#)“, welche zum Ziel hat, dass Ausländer der dritten Generation auf Antrag eingebürgert werden. Der Ständerat tritt auf die Initiative ein, wies sie jedoch gleichzeitig an seine Kommission zurück. Wie im Nationalrat fand die Forderung der SVP „[Für ein sofortiges Asylmoratorium](#)“ auch im Ständerat keine Mehrheit und wurde klar abgelehnt.

Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Rückschau unten).

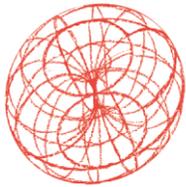
Die Debatten können in den Wortprotokollen des [Amtlichen Bulletins](#) nachgelesen werden.



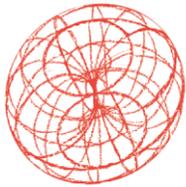
| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|---|---|
| 07.09.2015 | <p>15.416 (Parlamentarische Initiative Feri): Überprüfung der Familienverträglichkeit von Erlassentwürfen. Artikel 141 Absatz 2 Buchstabe g des Bundesgesetzes über die Bundesversammlung wird mit dem Begriff „Familie“ ergänzt. Er lautet dann: „In der Botschaft (...) erläutert [der Bundesrat] insbesondere folgende Punkte, soweit substantielle Angaben dazu möglich sind: (...) die Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt, künftige Generationen und Familien; (...)“. Der Nationalrat berät den Vorstoss als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Vorlage wurde in dieser Session noch nicht behandelt. | - |
| 08.09.2015 | <p>15.030 (Geschäft des Bundesrats): Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK). Protokoll Nr. 15. Genehmigung. Die Funktionsfähigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) soll sichergestellt und verbessert werden. Der Bundesrat hat deshalb die Botschaft zur Genehmigung des Protokolls Nr. 15 über die Änderung der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) verabschiedet. Das Protokoll Nr. 15 stärkt das Subsidiaritätsprinzip und den Ermessensspielraum der Vertragsstaaten. Der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Nationalrat folgt dem Bundesrat gegen den Willen der SVP und genehmigt das Zusatzprotokoll. Das Geschäft geht nun an den Ständerat. | <p>12.080 (Geschäft des Bundesrats): Heilmittelgesetz. Änderung. Mit der 2. Etappe der Revision des HMG werden u.a. Rahmenbedingungen geschaffen, damit vermehrt kindgerechte Arzneimittel zugelassen und auf den Markt gebracht werden können. Die pharmazeutische Industrie soll für ihren zusätzlichen Aufwand in der Entwicklung von Kinderarzneimitteln beispielsweise mit einem verlängerten Patentschutz unterstützt werden. Zur Vermeidung von Medikationsfehlern, insbesondere bei der Behandlung von Kindern, soll zudem eine nationale Datenbank zu einem sicheren Arzneimitteleinsatz in der Kinderheilkunde beitragen. Die Rahmenbedingungen für Schaffung, Pflege und Finanzierung der Datenbank werden mit den Ausführungsbestimmungen festgelegt. Der Nationalrat hat in der ersten Lesung einige Abweichungen zum Bundesrat beschlossen. Der Ständerat behandelt die Differenzen zum Nationalrat.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Ständerat und Nationalrat sind sich weiterhin nicht einig. Das Geschäft geht wieder zurück an den Nationalrat. |



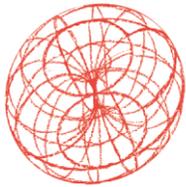
| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|--|--|
| 08.09.2015 | | <p><u>12.4161</u> (Motion Schmid-Federer): Nationale Strategie gegen Cyberbullying und Cybermobbing. Die Motion beauftragt den Bundesrat, dem Parlament eine nationale Strategie gegen Cyberbullying und Cybermobbing vorzulegen. Diese Strategie soll mindestens beinhalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eine national koordinierte Bekämpfung von Cyberbullying und Cybermobbing; 2. eine zentrale Anlaufstelle für Opfer und Eltern bzw. Erziehungsberechtigte von Opfern; 3. eine breit angelegte nationale Aufklärungskampagne über die Gefahren des Cyberbullying und Cybermobbing <p>Der Bundesrat hat die Motion zur Ablehnung empfohlen, der Nationalrat hat sie jedoch angenommen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Ständerat hat die Motion abgelehnt. Er hält die umfassenderen Programme von Bund, Kantonen und Gemeinden für den besseren Ansatz. Das Geschäft ist somit erledigt. |
| 09.09.2015 | <p><u>14.063</u> (Geschäft des Bundesrats): Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs. Der Bundesrat will die Asylverfahren rascher und fair abwickeln und dazu den Asylbereich neu strukturieren. Nachdem bereits die Kantone, Städte und Gemeinden an zwei nationalen Asylkonferenzen die Neustrukturierung gutgeheissen haben, hat der Bundesrat die entsprechenden Gesetzesänderungen verabschiedet. Demnach soll die Mehrheit der Asylverfahren innerhalb von 140 Tagen rechtskräftig entschieden und vollzogen werden. Um die rechtliche Qualität der Verfahren weiterhin sicherzustellen, wird der Rechtsschutz der Asylsuchenden verstärkt. Das Asylgesetz betrifft insbesondere auch Regelungen für minderjährige Asylsuchende.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Wie im Ständerat stiess die Vorlage auch im Nationalrat auf breite Zustimmung. Bei den einzelnen Bestimmungen folgte der Nationalrat ausnahmslos seiner Kommission und blieb damit auf Bundesratskurs. Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmung. | - |



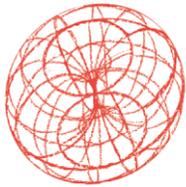
| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|--|--|
| 09.09.2015 | <p><u>12.322</u> (Standesinitiative Luzern): Beschleunigung des Asylverfahrens.</p> <p>Der Bund wird aufgefordert, das Asylverfahren an den Empfangsstellen zu beschleunigen und nur noch vorläufig aufgenommene Personen und Flüchtlinge auf die Kantone zu verteilen. Den Kantonen seien zudem sämtliche Kosten, die ihnen durch die Zuweisung von Asylsuchenden entstehen, vollumfänglich zu erstatten. Der Ständerat gab der Vorlage keine Folge, da das Anliegen innerhalb der Neustrukturierung des Asylbereichs aufgenommen wird.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Auch der Nationalrat gibt der Initiative keine Folge. Das Geschäft ist somit erledigt. | |
| 10.09.2015 | <p><u>15.3645</u> (Motion Fraktion SVP): Für ein sofortiges Asylmoratorium</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, mittels Notrecht die Anwendung des Asylgesetzes für mindestens ein Jahr teilweise ausser Kraft zu setzen. Die Motion wird in einer ausserordentlichen Session des Nationalrats zum Thema Asyl behandelt.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat hält nichts von einem Asylmoratorium. Die SVP wurde für den Vorstoss heftig kritisiert. Im Nationalrat wurde die Forderung als "menschenverachtend" und "schamlos" bezeichnet. Die Vorlage wurde abgelehnt, das Geschäft ist somit erledigt. | <p><u>08.432</u> (Parlamentarische Initiative Marra): Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen.</p> <p>Die parlamentarische Initiative hat zum Ziel, dass Ausländer der dritten Generation in der Schweiz zukünftig auf Antrag der Eltern oder der betroffenen Personen selbst eingebürgert werden. Der Ständerat behandelt die Entwürfe der Staatspolitischen Kommission.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Ständerat tritt auf den Entwurf ein, weist ihn aber an seine Kommission zurück. <p><u>15.3782</u> (Motion Föhn): Für ein sofortiges Asylmoratorium</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, mittels Notrecht die Anwendung des Asylgesetzes für mindestens ein Jahr teilweise ausser Kraft zu setzen. Die Motion wird in einer ausserordentlichen Session des Ständerats zum Thema Asyl behandelt.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat mit der Forderung der SVP befasst. Mit Ausnahme des Schwyzer SVP-Ständerats Peter Föhn sprach sich niemand für die Motion aus. Das Geschäft ist somit erledigt. |



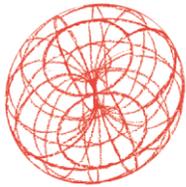
| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|---|-----------|
| 17.09.2015 | <p>13.105 (Geschäft des Bundesrats): Internationales Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen. Genehmigung. Der Bundesrat will mit der Ratifikation des UNO-Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen die internationalen Bestrebungen im Kampf gegen das Verschwindenlassen unterstützen. Er hat die Botschaft zur Ratifikation des Übereinkommens und zur Ausführungsgesetzgebung verabschiedet.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat folgt mit Abweichungen dem Bundesrat und überweist die Vorlage an den Ständerat. <p>15.3010 (Postulat WBK-N): Bericht des Bundesrats über das Engagement des Bundes gegen Kinderarbeit. Der Bundesrat wird ersucht, dem Parlament einen Bericht über sämtliche Massnahmen und Aktionen zu unterbreiten, welche der Bund zur Bekämpfung der Kinderarbeit auf internationaler Ebene ergriffen hat. Der Bundesrat wird des Weiteren aufgefordert, in diesem Bericht auch seine Ziele in diesem Bereich sowie die künftigen Engagements zur Abschaffung der Kinderarbeit darzulegen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat überweist das Postulat dem Bundesrat. <p>15.040 (Geschäft des Bundesrats): Bericht zu den abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträgen 2014. Der Bundesrat erstattet der Bundesversammlung Bericht über die 2014 abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge, die nicht der parlamentarischen Genehmigung unterlagen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Ständerat und Nationalrat nehmen in dieser Session Kenntnis vom Bericht. | - |



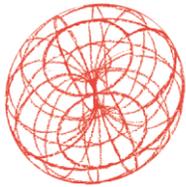
| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|---|-----------|
| 21.09.2015 | <p><u>13.3725</u> (Motion Fehr): Verschärfung des Jugendstrafrechts. Der Bundesrat wird beauftragt, rasch eine Gesetzesänderung zur Verschärfung des Jugendstrafrechts vorzulegen. Dabei sind insbesondere bei schweren Verbrechen generell unbedingte Strafen auszusprechen. Weiter sollen Jugendliche bei besonders schweren Straftaten auch nach dem Erwachsenenstrafrecht beurteilt werden können.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat folgt dem Bundesrat und lehnt die Motion ab. Das Geschäft ist somit erledigt. <p><u>13.3731</u> (Motion Geissbühler): Zentrales Register über Sexual- und Gewaltverbrecher und auch über die zuständigen Richter und Gutachter. Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament die nötigen Gesetzesanpassungen vorzuschlagen, damit in Zukunft: Sexual- und Gewaltverbrecher, die zuständigen Richter und Gutachter, der vorgesehene Entlassungstermin und die angeordneten therapeutischen Massnahmen in einem nationalen Register erfasst werden können. Der Bundesrat empfiehlt die Vorlage zur Ablehnung.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat folgt dem Bundesrat und lehnt die Vorlage ab. Das Geschäft ist somit erledigt. | |



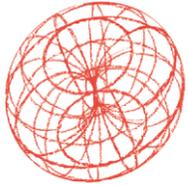
| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|--|--|
| 22.09.2015 | <p>13.3616 (Motion de Buman): Lancierung und Umsetzung einer Schneesportoffensive.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament ein Massnahmenpaket zu unterbreiten, das den Anteil der Bevölkerung, der Schneesport treibt, steigert. Insbesondere soll Kindern der Zugang zum Wintersport erleichtert werden. Der Nationalrat hat die Motion angenommen, der Ständerat hat sie an die Kommission zurückgewiesen, danach mit folgender Änderung angenommen: „Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu unterstützen, um den Anteil der Bevölkerung, der Schneesport betreibt, zu steigern. Im Vordergrund steht dabei die Unterstützung der Aktivitäten des Vereins Schneesportinitiative“.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat folgt dem Ständerat und nimmt die Motion an. | - |
| 23.09.2015 | <p>12.3122 (Motion Amherd): Qualitätslabel für kinder- und jugendgerechte Internetseiten.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, ein Qualitätslabel für kinder- und jugendgerechte Websites zur freiwilligen Selbstverpflichtung von Anbietern von Websites zu schaffen. Der Nationalrat hat den Vorstoss angenommen, der Ständerat beschloss, die Behandlung der Motion für ein Jahr auszusetzen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat folgt dem Ständerat und beschliesst, die Behandlung für mehr als ein Jahr auszusetzen. | |
| 24.09.2015 | <p>14.419 (Parlamentarische Initiative Müller-Altarmatt): Melderecht bei pädokriminellen Taten.</p> <p>Artikel 364 des Strafgesetzbuches ist wie folgt zu ändern: Ist an einem Minderjährigen eine strafbare Handlung begangen worden, so sind die an das Amts- oder das Berufsgeheimnis (Art. 320 und 321) gebundenen Personen sowie die an vertragliche Geheimhaltungspflichten gebundenen Personen berechtigt, dies in seinem Interesse der Kinderschutz- oder der Strafverfolgungsbehörde zu melden.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Initiative wird keine Folge gegeben. Das Geschäft ist somit erledigt. | <p>15.040 (Geschäft des Bundesrats): Bericht zu den abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträgen 2014.</p> <p>Der Bundesrat erstattet der Bundesversammlung Bericht über die 2014 abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge, die nicht der parlamentarischen Genehmigung unterlagen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Ständerat und Nationalrat nehmen in dieser Session Kenntnis vom Bericht. |



| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|---|-----------|
| 24.09.2015 | <p>14.058 (Volksinitiative): Für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Die Volksinitiative möchte den Bund verpflichten, ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen, das allen in der Schweiz lebenden Menschen ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Die Initiantinnen und Initianten schlagen ein Grundeinkommen pro Monat von 2500 Franken für Erwachsene und von 625 Franken für Kinder und Jugendliche vor. Der Bundesrat lehnt die Initiative ohne direkten oder indirekten Gegenvorschlag ab.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat folgt dem Bundesrat und lehnt die Initiative ab. <p>14.4004 (Motion WAK-S): Steuerbarkeit von Unterstützungsleistungen und steuerliche Entlastung des Existenzminimums. Der Bundesrat wird beauftragt, die Bundesgesetzgebung (namentlich die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer und des Steuerharmonisierungsgesetzes) dahingehend zu revidieren, dass Unterstützungsleistungen aus öffentlichen und privaten Mitteln und die Einkünfte aufgrund der Bundesgesetzgebung über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung im Sinne der Gleichbehandlung der Einkommenssteuer unterstellt werden und gleichzeitig das Existenzminimum steuerlich entlastet wird. Der Ständerat hat die Vorlage angenommen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Im Gegensatz zum Ständerat lehnt der Nationalrat die Vorlage ab. Das Geschäft ist somit erledigt. | |



| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|--|-----------|
| 24.09.2015 | <p>09.300 (Standesinitiative Kanton Bern): Besteuerung von Sozialhilfeleistungen.</p> <p>Die Standesinitiative will die Bundesgesetzgebung (namentlich die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer und das Steuerharmonisierungsgesetz) dahingehend revidieren, dass Unterstützungsleistungen aus öffentlichen Mitteln, die anstelle des Erwerbseinkommens ausgerichtet werden (insbesondere Sozialhilfeleistungen), im Sinne der steuerlichen und wirtschaftlichen Gleichbehandlung gänzlich der Einkommenssteuer unterstellt werden. Der Ständerat hat der Initiative keine Folge gegeben.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Wie auch der Ständerat lehnt der Nationalrat die Vorlage ab. Das Geschäft ist somit erledigt. | |
| 25.09.2015 | <p>14.309 (Standesinitiative NE): Mutterschaftsurlaub bei Adoption.</p> <p>Die Standesinitiative verlangt vom Bundesrat die Einführung einer Adoptionsentschädigung im Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft. Der Ständerat gibt dem Vorstoss keine Folge.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Wie auch der Ständerat lehnt der Nationalrat die Vorlage ab. Das Geschäft ist somit erledigt. <p>10.407 (Parlamentarische Initiative): Prämienbefreiung für Kinder.</p> <p>Mit einer Änderung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) sind Kinder von den Krankenkassenprämien zu befreien. Die Kommissionen beider Räte haben dem Vorstoss Folge gegeben, nach einer Fristverlängerung berät der Nationalrat eine erneute Fristverlängerung.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat erstreckt die Frist bis zur Behandlung der Vorlage um weitere zwei Jahre. | |



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|---|-----------|
| 25.09.2015 | <p>Schlussabstimmungen: <u>14.063</u> (Geschäft des Bundesrats): Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs.</p> <p>Der Bundesrat will die Asylverfahren rascher und fair abwickeln und dazu den Asylbereich neu strukturieren. Nachdem bereits die Kantone, Städte und Gemeinden an zwei nationalen Asylkonferenzen die Neustrukturierung gutgeheissen haben, hat der Bundesrat die entsprechenden Gesetzesänderungen verabschiedet. Demnach soll die Mehrheit der Asylverfahren innerhalb von 140 Tagen rechtskräftig entschieden und vollzogen werden. Um die rechtliche Qualität der Verfahren weiterhin sicherzustellen, wird der Rechtsschutz der Asylsuchenden verstärkt. Das Asylgesetz betrifft insbesondere auch Regelungen für Minderjährige Asylsuchende.</p> <p>Das Geschäft wird in der Schlussabstimmung angenommen. Die SVP ergreift jedoch das Referendum gegen das revidierte Asylgesetz. Das hat Fraktionschef Adrian Amstutz (BE) während der Schlussabstimmung im Nationalrat angekündigt.</p> | |